

1989 - 2024: 35 Jahre parteiunabhängige und sachorientierte Politik für Heiligkreuzsteinach

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 9. Juni steht die Wahl eines neuen Gemeinderats in Heiligkreuzsteinach an. Im Vorfeld veröffentlicht die FLH ihre Standpunkte zu bestimmten Themen.

Daseinsvorsorge: Kommunale Aufgaben

Zur Daseinsvorsorge gehört die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter die für ein menschliches Dasein notwendig sind. Zu nennen sind hier z.B. die Energie- und Wasserversorgung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Verkehrsleistungen, Telekommunikation, Rundfunk, Feuerwehr, Beförderungswesen, Straßenreinigung sowie Abwasser- und Müllentsorgung. Umgangssprachlich wird auch von öffentlicher Infrastruktur gesprochen. Diese Leistungen sollen für alle Bürger zu sozialstaatlich angemessenen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Erbracht werden diese Leistungen in der Regel von kommunalwirtschaftlichen Betrieben.

Die obige Liste ist nicht vollständig, zeigt aber deutlich, dass einige dieser Aufgaben in der heutigen Zeit nicht (mehr) von kommunaler oder staatlicher Seite aus erbracht werden. Darunter fallen z.B. die Telekommunikation und das Beförderungswesen. Diese Aufgaben werden heutzutage privatwirtschaftlich ausgeführt. Die vielfältigen Aufgaben in diesen Bereichen erfordern sehr viel Erfahrung und Sachkenntnis und übersteigen oftmals die Kapazitäten der kommunalen Akteure. Hinzu kommt, dass bei staatlichem oder kommunalem Engagement der Wettbewerb ausgeschaltet ist. Leistungen werden wegen fehlendem Wettbewerb deswegen teurer als sie eigentlich sein müssten. Nimmt man die Telekommunikation hier als Beispiel, dann kann man trotz allen Klagen von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Wäre dieser Sektor nicht Mitte der 90er Jahre privatisiert worden, dann wären wir beim Thema Internet deutlich weniger weit als wir es heute sind.

Doch das bedeutet nicht zwangsläufig, dass privatwirtschaftliches Handeln immer sinnvoller als staatliches ist. Private Unternehmen wollen Geld verdienen bzw. eine möglichst hohe Rendite erwirtschaften. Sofern genügen Marktteilnehmer um die nachgefragten Leistungen konkurrieren, ist das meist kein Problem. Ein Sektor, wo die Privatisierungsversuche in einem Desaster geendet haben ist z.B. die Wasser- und Abwasserversorgung. Die Stadt London versuchte durch Privatisierung (Thames Water) ihr marodes Wasser- und Abwassernetz für 15 Millionen Kunden zu sanieren. Die privaten Geldgeber wollten jedoch zu allererst Rendite sehen. Eine Sanierung der Infrastruktur wurde nicht angegangen. Stattdessen wurden Managergehälter erhöht und hohe Renditen versprochen. Zur Finanzierung wurde dann der Wasserpreis permanent erhöht. Eine Sanierung der Infrastruktur fand praktisch nie statt. Es wurden nur Löcher gestopft. Thames Water ist übrigens derzeit zahlungsunfähig.

Einen ähnlichen Weg und mit genau den gleichen Konsequenzen behaftet, ging Berlin 1999. Das Ergebnis war gleichermaßen desaströs. 14 Jahre später sah man den Fehler ein und kaufte das Leitungsnetz für teures Geld zurück.

Anhand dieser Beispiele sieht man, dass es sich bei der Daseinsvorsorge um ein komplexes Themengebiet handelt. Erfahrung, Fingerspitzengefühl und Recherchearbeit sind hier unabdingbar.

Wir lernen daraus, dass z.B. die Wasserversorgung niemals in private Hände gelegt werden sollte.

Erwartungshaltung der Bürger:

In Anbetracht des veränderten Kaufverhaltens der Menschen, des Gaststättensterbens sowie die zunehmende Alterung der Bevölkerung werden Stimmen laut, dass sich Kommunen auch in dieser Richtung engagieren.

D.h. Kommunen sollen Einkaufsmöglichkeiten anbieten (Geschäfte betreiben), Gaststätten führen und günstiges Betreutes Wohnen zur Verfügung stellen. Zumindest für finanzschwache Kommunen (und das sind die meisten) ist so etwas unmöglich zu stemmen. Werden in dieser Richtung Forderungen laut, dann liegen andere, grundlegendere Probleme vor und man muss sich die Frage stellen, wieso es dafür keinen privaten Betreiber mehr gibt.

Kommunale Wärmeplanung:

Alle Kommunen in Deutschland sind aufgefordert bis spätestens 2028 ihre Wärmeplanung abgeschlossen zu haben. D.h. einen Plan vorzulegen, wie zukünftig die Wärmeversorgung im Ort basierend auf nichtfossilen Energieträger aussehen soll. Fossile Brennstoffe, wie Kohle, Gas oder Öl (Neuanschaffungen) sind ab da nicht mehr erlaubt.

Das Ziel dieses Konzeptes ist die 100%ige Versorgung der Gebäudeheizungen mit Erneuerbaren Energien bzw. die Versorgung mit Wärme so zu transformieren, dass bis 2045 keine Treibhausgase mehr emittiert werden. Ab 2045 sind Ölheizungen z.B. komplett verboten.

Ganz aktuell steht unsere Gemeinde nämlich vor dem Dilemma, dass wir eigentlich die Heizungsanlage für Schule und Sporthalle austauschen müssten, aber aufgrund mangelnder technischer bzw. bezahlbarer Lösungen diese Investition wieder und wieder zurückstellen mussten. Nach derzeitigem Stand scheint alleine dieses Projekt einen Millionenbetrag zu verschlingen - bei im Anschluss wohl auch deutlich höheren Betriebskosten.

Diese Kommunale Wärmeplanung bzw. deren Umsetzung ist das absolute Megaprojekt und stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Sowohl die Großprojekte wie die Sanierung der Wasserversorgungsinfrastruktur als auch das Multimillionen-Projekt Glasfaserausbau (das immerhin mit mehr als 80 % bezuschusst wurde und auch Erträge generiert) sind Kleinprojekte dagegen.

Der Glasfaserausbau benötigte übrigens ca. zehn Jahre von der Planung bis zu Umsetzung.

Letztendlich wird die demnächst angestoßene Kommunale Wärmeplanung Aufschluss darüber geben, welche Kosten auf die Gemeinden und die Bürger zukommen, und natürlich auch, wie die Lösung dafür aussehen wird, sofern es überhaupt eine gibt. Da ein Fern- oder Nahwärmenetz für unseren Ort nicht finanzierbar bzw. sinnvoll ist, abgesehen von der Wärmequelle selbst, wird letztendlich alles auf die Wärmepumpe hinauslaufen. D.h. teure Sanierungsmaßnahmen an Bestandsgebäuden sind unumgänglich.

Erste Anhaltspunkte zu den Kosten kommen von der Stadt Heidelberg. Hier wurde schon mal Vorarbeit geleistet. In einem Artikel der RNZ vom 20. Oktober letzten Jahres mit dem Titel „Die Wärmewende kostet drei Milliarden Euro“ wird beschrieben, wofür das Geld benötigt wird. Umgerechnet wären das pro Kopf der Bevölkerung ca. 20.000 Euro. Umgerechnet auf unsere 2.500 Einwohner zählende Gemeinde wäre das die unglaubliche Summe von 50 Millionen Euro an Kosten, die auf uns zukommen würden. Für ganz Deutschland wären das dann sagenhafte 1,7 Billionen Euro!

Doch das ist nicht einmal die halbe Wahrheit: Die Schätzungen für Heidelberg sind eher die absolute untere Grenze und werden mit ziemlicher Sicherheit nicht zu halten sein. Wir erinnern uns alle an die Schätzungen für Stuttgart²¹. So wurden aus ursprünglich kommunizierten 2,5 Milliarden Euro Gesamtkosten von 11 Milliarden Euro und ein Ende ist noch nicht abzusehen. D.h. die Kosten haben sich bisher vervierfacht. Beim Projekt Kommunale Wärmeplanung können wir von ähnlichen Kostensteigerungen ausgehen. Die FLH wird deshalb ein besonders Auge auf die zukünftige Wärmeplanung haben.



Johannes Fink Heike Steiert Stephanie Kumpf
